

CDU-News aus dem Bonner Rathaus



Tschüss & DANKE Will Breuers

Will Breuers hat nach über 23 Jahren sein Ratsmandat zum 30. Juni 2013 niedergelegt. Die CDU-Fraktion verliert mit ihm einen unermüdlichen Kämpfer, der insbesondere zuletzt in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender des Bonner Jugendhilfeausschusses und vor Ort in seinem Wahlbezirk Beuel-Süd / Limperich einen bleibenden positiven Eindruck hinterlassen hat.



Dennoch wird er nicht so ganz von der kommunalpolitischen Bildfläche verschwinden: Er tauscht sein Ratsmandat mit dem in der Bezirksvertretung Beuel.

Sein persönlicher Vertreter Ludwig Burgsmüller rückt im Tausch in den Stadtrat nach und wird in der Ratssitzung am 18. Juli 2013 vereidigt.

Der Oberstaatsanwalt im Ruhestand kann auf ein langes und erfolgreiches kommunalpolitisches Wirken zurückblicken: von 1975 bis 1985 in der Bezirksvertretung Beuel und seit 1989 als Stadtverordneter im Stadtrat. Sein Schwerpunkt lag im Bereich der Kinder und Jugendarbeit, seit 1999 war er Vorsitzender des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie (Jugendhilfeausschuss).

Seine immer positive und freundliche Art im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern ist besonders hervorzuheben.

Trotz der erheblichen Belastungen, die mit dem Mandat verbunden sind, konnte man bei Will Breuers immer feststellen, dass er das ehrenamtliche Engagement sehr ernst nimmt und dennoch seinen Humor nicht verliert.

OB & Bürgerbeteiligung

Die Äußerungen des Bonner OB's Jürgen Nimptsch zu einer möglichen Bürgerbefragung zur städtischen Finanzlage parallel zur Bundestagswahl am 22. September 2013 haben erneut für viel Verärgerung und Unverständnis bei CDU und Grünen geführt. Bei einer Kanzelrede am vergangenen Sonntag in der Kreuzkirche machte er dies erstmals öffentlich. **CDU und Grüne reagierten verärgert:** „Wir machen zur diesjährigen Bundestagswahl am 22. September 2013 keine Bürgerbefragung. Was der OB nach der Schließung der Oper noch alles an Visionen produziert, ist sein Problem. Er kann die Bürger ja persönlich am Wahllokal hierzu befragen. Wir sind es leid, dass er wieder einmal mit seinen Vorschlägen Unruhe in der Stadt schürt. Statt seinem Amt gerecht zu werden und in der Stadt den sachlichen Dialog zu fördern, spielt der OB unsinnigerweise Kultur und Sport gegeneinander aus. So betreibt man keine seriöse Haushaltspolitik!“

Wir empfehlen Herrn Nimptsch besser darüber nachzudenken, die Möglichkeit zu nutzen, die Kommunalwahl im Mai 2014 wieder mit der Oberbürgermeister-Wahl zusammenzulegen anstatt bis 2015 damit zu warten. Damit könne die Stadt rund 600.000 Euro sparen. Auch könnte bei einem gemeinsamen Wahlgang mit einer höheren Wahlbeteiligung und damit mit einer besseren Legitimation für Rat und Oberbürgermeister gerechnet werden.“

Mehr Stimmen zu diesem Thema lesen Sie auf Seite 2 unseres Newsletters!

Unsere Themen:

- > Der OB und seine Äußerungen zur Bürgerbeteiligung
- > Danke Will Breuers
- > Kritik an OB-Äußerungen zur Bürgerbefragung
- > Hochwasserschutz in Mehlem verbessern
- > Bonn-Berlin-Gesetz
- > Oneworld gestartet
- > Trajektknoteneröffnung

Für Bonn am 22.09. in den Bundestag wählen



Viel Kritik an OB-Äußerungen zur Bürgerbefragung



Die Äußerungen des Bonner Oberbürgermeisters Jürgen Nimptsch zu einer möglichen Bürgerbefragung zur städtischen Finanzlage parallel zur Bundestagswahl am 22. September 2013 haben stadtwweit für viel Verärgerung und Unverständnis geführt.

Lesen Sie hier die Berichterstattung des Bonner General Anzeigers:

Link 1: [GA-Artikel vom 25.06.2013](#)

Link 2: [GA-Artikel vom 26.06.2013](#)

Link 3: [GA-Analyse zum Bonner OB](#)

Link 4: [GA-Interview mit OB Nimptsch](#)

Kritik gibt es auch von der CDU-Bundestagskandidatin Dr. Claudia Lücking-Michel:

„Nicht nur der Zeitpunkt ist sehr fadenscheinig gewählt, vor allem sind die Inhalte und die Zielrichtung nicht nachvollziehbar. Statt die Bevölkerung Bonn zu einen, spaltet der Oberbürgermeister, indem er Kultur gegen Sport, die freie Kulturszene gegen Oper bzw. Theater gegeneinander ausspielt.“



Unsere Stadt braucht Kultur und Sport, weil es dabei um die Zukunft der Jugend geht und um das, was das Leben lebenswert macht. Sie braucht Oper/Schauspiel ebenso wie die freie Kulturszene, weil es hier um zwei wichtige Seiten städtischer Kulturpolitik geht. Echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sieht anders aus.“

Und auch die Junge Union hält sich mit Kritik nicht zurück. Der Kreisvorsitzende der Jungen Union Bonn, David Winands, erklärt:

„Die Absicht des Oberbürgermeisters, im Rahmen der Bundestagswahl eine Bürgerbefragung zur Bonner Haushaltspolitik durchzuführen, ist ein neuerlicher Schnellschuss, der mit Niemandem abgestimmt ist. Ganz offensichtlich sucht der Oberbürgermeister nach dem Ausweg aus einer Sackgasse, in die er sich selbst manövriert hat.“

In den vergangenen Jahren hat er zu Vielen zu Viel versprochen. Wir fordern den Oberbürgermeister auf, erst einmal die bereits eingeführten Formate wie den Bürgerhaushalt zu bewerten und breit zu etablieren.

Die Stadt Bonn schlittert seit Jahren an einem Nothaushalt entlang. Dazu haben wir bislang keinen einzigen ausgereiften und mit dem Stadtrat abgestimmten Sparvorschlag vom Oberbürgermeister vernommen.



Diese Art von Einbeziehung der Bürger ist aber keine Wertschätzung ihrer Meinung, sondern ein Ablenkungsmanöver von eigener Unschlüssigkeit. Wer zunächst Allen Alles verspricht und sich dann in eine unabgestimmte Bürgerbefragung flüchtet, erweist der grundsätzlich sinnvollen und wünschenswerten Bürgerbeteiligung einen Bärendienst.

Die Beteiligung der Bürger darf nicht zu einem Instrument verkommen, um im Vorfeld von Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl politische Verantwortung abzuwälzen.“



Projektfaltblatt zum Ausbau der Voreifelbahn
Bonn – Euskirchen



„Wir brauchen einen effizienten Hochwasserschutz am Mehlemer Bach. Wachtberg muss endlich handeln“. Diese Forderung stellten am Wochenende bei einem Rundgang durch Mehlem die Bundestagskandidatin Dr. Claudia Lücking-Michel sowie der Mehlemer Stadtverordnete Jan Claudius Lechner. Gemeinsam haben sich Lücking-Michel, die sich zukünftig für besseren Hochwasserschutz auf Bundesebene einsetzen will, und Lechner ein persönliches Bild der Lage bei einem Rundgang durch Mehlem gemacht. Wie schon beim Unwetter am 3. Juli 2010 war Mehlem wegen der Lage am Mehlemer Bach auch diesmal mit am stärksten betroffen.

„Wir wollen nun endlich Taten sehen“ so Lücking-Michel und Lechner. Sie halten die bisher getroffenen Maßnahmen entlang des Mehlemer Bachs für halbherzig. In Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis soll die Stadt Bonn endlich ernsthaft prüfen, im Oberlauf des Mehlemer Bachs Retentionsvolumen durch die Anlegung eines oder mehrerer kleinräumiger naturnaher Rückhaltebecken oder durch geeignete Renaturierungsmaßnahmen am Oberlauf des Baches zu schaffen. **Zudem müssen die bereits anvisierten drei Maßnahmenkomplexe zügig umgesetzt werden:**

- 1) Im Zusammenhang mit der Erstellung der Hochwasserrisikomanagementpläne prüfte die Stadt Bonn, mit welchem Aufwand Verbesserungen des Hochwasserschutzes insbesondere an Mainzer Straße und Domhofstraße möglich und sinnvoll sind. Die Ergebnisse müssen nun vorgelegt und umgesetzt werden.
- 2) Die Bausubstanz des Mehlemer Bachkanals von der Mainzer Straße bis zur Rheinmündung muss abermals untersucht werden, um festzustellen, welche Sanierungsmaßnahmen anstehen.
- 3) Auf der Basis der Hochwassergefahrenkarten hat die Bezirksregierung Köln die Hochwasserrisikokarten erstellen lassen. Auf dieser Grundlage sollen mit den zu beteiligenden städtischen Dienststellen die Hochwasserrisikomanagementpläne erarbeitet und umgesetzt werden.

Endlich Baubeginn Radweg an der Dransdorfer Mühle

Nachdem eine unvollständige Planung für eine weitere Verzögerung gesorgt hatte, beauftragte der Bonner Stadtrat Anfang des Jahres den Bau des ersten Teilabschnitts des Radwegs an der Dransdorfer Mühle zwischen Am Dörnchen und Carmen-Sylva-Weg und ein neuer Förderantrag wurde ebenfalls bei der Bezirksregierung gestellt. **Rolf Beu** (verkehrspolitischer Sprecher und Ausschussvorsitzender, Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und **Wilfried Reischl - Bild** (verkehrspolitischer Obmann, CDU): „Diese Geschichte rund um diesen vergleichsweise kurzen neuen Radweg zieht sich bereits über etliche Jahre hinweg. Bereits im Vorjahr lag der Förderbescheid der Bezirksregierung vor. Der neue Radweg soll als Alternative zur Nutzung der stark befahrenen und engen Meßdorfer Straße dienen und wird vor allem auch für die vielen Schülerinnen und Schüler eine sicherere Verbindung darstellen. Aus diesem Grund ist es begrüßenswert, dass der erste Teilabschnitt voraussichtlich pünktlich zum Schuljahresbeginn fertig sein soll.“

Nach allen Verzögerungen steht der bereits für 2011 und auch für 2012 geplante Baubeginn nun scheinbar mit Montag, dem 01.07.2013, offensichtlich tatsächlich bevor. Wir brauchen künftig mehr Tempo bei der Umsetzung von politischen Beschlüssen, um uns glaubwürdig mit konkreten Verbesserungen dem Ziel Fahrradhauptstadt 2020 zu nähern. Wir wissen aus zahlreichen Gesprächen, dass viel mehr Verkehrsteilnehmer das Rad nutzen würden, wenn in Bonn mehr **sichere** Radwege angeboten würden. “



Eindeutiges Bekenntnis zum Bonn-Berlin-Gesetz

CDU Bonn / Rhein-Sieg: Starkes Signal der CDU Deutschlands

Die CDU-Bundespartei hält weiter Kurs. Der Entwurf für das Wahlprogramm der CDU Deutschlands zur Bundestagswahl am 22. September 2013 enthält ein starkes, unmissverständliches Bekenntnis zum Bonn/Berlin-Gesetz sowie zur Bundesstadt Bonn:

„Genauso stehen wir uneingeschränkt zu den Vereinbarungen des Bonn/Berlin Gesetzes. Die Bundesstadt Bonn ist das zweite bundespolitische Zentrum. Wir wollen Bonn als deutschen Standort der Vereinten Nationen, als Sitz internationaler Nichtregierungsorganisationen und Standort für internationale Kongresse und Konferenzen stärken.“



In einem Brief an die Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hatten sich die **Kreisvorsitzenden der CDU Rhein-Sieg und der CDU Bonn, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB und Philipp Lerch, sowie die Bundestagskandidatin der Bonner CDU, Claudia Lücking-Michel, und der Bundestagsabgeordnete im Rhein-Sieg-Kreis, Norbert Röttgen**, für eine entsprechend klare Aussage im Wahlprogramm der Bundes-CDU eingesetzt. Der regionale Einsatz für die Bundesstadt Bonn erfuhr auch starke Unterstützung im Landesverband der CDU NRW, insbesondere des Landesvorsitzenden und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Armin Laschet MdL.



Elisabeth Winkelmeier-Becker, Claudia Lücking-Michel, Norbert Röttgen und Philipp Lerch erklären: „Die CDU in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis hat sich schon immer für ein bundesweites Bekenntnis zu den Vereinbarungen des Bonn/Berlin-Gesetzes eingesetzt. Die Formulierungen zum Bonn/Berlin-Gesetz sind klar und eindeutig. Bonn wird auch in Zukunft das zweite bundespolitische Zentrum sein. Die Arbeitsteilung zwischen den beiden deutschen Regierungsstandorten hat sich bewährt. Zugleich soll weiterhin der UN- und internationale Kongressstandort ausgebaut werden. Wir freuen uns über das starke Signal der Bundes-CDU für Bonn und die Region!“

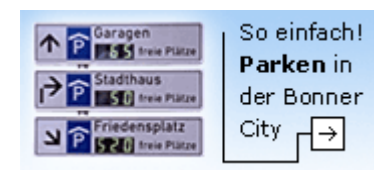
Bonn-Berlin-Gesetz: Bestand im Regierungsprogramm

Die Bonner CDU und die Bundestagskandidatin Claudia Lücking-Michel zeigen sich hoch zufrieden mit dem klaren Bekenntnis zum Bestand des Bonn/Berlin-Gesetzes im am Wochenende beschlossenen **Regierungsprogramm** von CDU und CSU zur Bundestagswahl am 22. September.



Die Christdemokraten in der Bundesstadt weisen ganz besonders auf die entsprechende, klare und unmissverständliche Passage auf Seite 26 des Programms hin. Dort heißt es: „Genauso stehen wir uneingeschränkt zu den Vereinbarungen des Bonn/Berlin-Gesetzes. Die Bundesstadt Bonn ist das zweite bundespolitische Zentrum. Wir wollen Bonn als deutschen

Standort der Vereinten Nationen, als Sitz internationaler Nichtregierungsorganisationen und Standort für internationale Kongresse und Konferenzen stärken.“



In Bonn ist was los und das 365 Tage im Jahr:
Veranstaltungskalender

Oneworld ist gestartet

Oneworld - Brücken schlagen, Begegnung der Vielfalt schaffen, für Verständnis werben, Verständigung befördern, Gemeinsamkeit finden und Gemeinsames schaffen – dies ist Motto und Vision von „oneworld“, einem Projekt für Jugendliche aus Bad Godesberg. Mit „oneworld“, das jetzt zunächst in einer mobilen Vorlaufphase startet und später mit dem „one world café“ im umgebauten Hansa-Haus dauerhaft sein Zuhause finden soll, wird ein wichtiger Schritt getan, jungen Menschen aus dem Stadtbezirk eine Anlaufstelle zu bieten und die Jugendarbeit in der Bad Godesberger Innenstadt zu intensivieren.



Der offizielle Startschuss für „oneworld“ fand am 18. Juni 2013 statt. **Bezirksbürgermeisterin Annette Schwolen-Flüm** hatte die Träger, Sponsoren und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Kirchen, Schulen und Jugendarbeit zur Vorstellung des Projektes eingeladen. Der WDR-Journalist Martin Blachmann sprach in kurzen Interviews mit Sponsoren und Trägern über das Projekt, aber auch Godesberger mit ausländischer Herkunft über ihre Erfahrungen und Eindrücke wurden befragt. „oneworld“ setzt auf

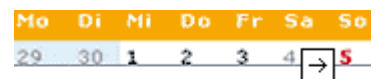
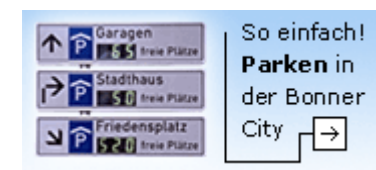
Partizipation und Inklusion. Die Präsentation des Projektes sollte daher auch den Austausch, die Vernetzung und Kooperation im Interesse der jungen Menschen von Bad Godesberg befördern.

„oneworld“ ist vor kurzem in einer ersten Phase mit zwei Mitarbeitenden in Form mobiler aufsuchender Jugendarbeit im Bad Godesberg Stadtgebiet mit dem „oneworld mobil“ gestartet.. Nach der Sanierung des Hansa-Hauses soll in ca. zwei Jahren dort mit dem „one world café“ eine feste Anlaufstelle für junge Menschen in der Bad Godesberger Innenstadt eingerichtet werden.

Träger von „oneworld“ sind das CJG Hermann-Josef-Haus und die Ev. Jugendhilfe Godesheim. Die Finanzierung erfolgt nach mehrjähriger Planungsphase aus Mitteln der Stadt Bonn und in nicht unerheblichem Maße aus Spenden aus der Bürgerschaft, Gruppen und weiteren Institutionen aus Bad Godesberg.

Kreisverkehr „Trajektknoten“ wird eingeweiht

Der **stellvertretende CDU-Bezirksbürgermeister Arno Hospes** wird zusammen mit OB Nimptsch am 4. Juli 2013 offiziell den Trajektknoten auf der Bundesstraße 9 einweihen. Damit wird dieser neue 4,5 Millionen Euro teure Kreisverkehr (Radius: 36 Meter) offiziell freigegeben. Das Projekt wurde nahezu komplett von Bund und Land finanziert. Über den voll signalisierten Kreisverkehr auf der Friedrich-Ebert-Allee - zwischen Heussallee und Langenbachstraße - wird der Arbeitsplatzschwerpunkt Bundesviertel besser erreichbar.



In Bonn ist was los und das 365 Tage im Jahr:
Veranstaltungskalender



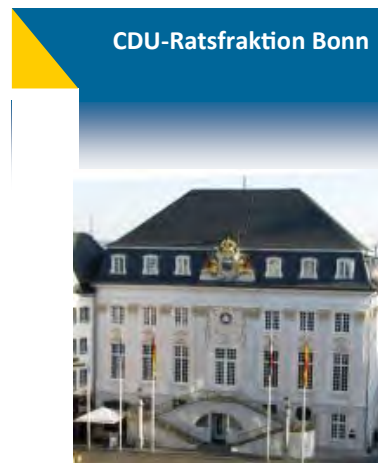
Sind Ihnen die Namen der Bonner CDU-Stadträte bekannt?

Oder kennen Sie gar ihre Gesichter?

Als Stadträte beraten wir Woche für Woche wichtige Fragen, die unter anderem die Zukunft der Bundesstadt Bonn gestalten sollen. Auch Sie als Bürger sind hiervon betroffen. Wir wollen deshalb ganz bewusst den Menschen hinter dem politischen Ehrenamt mit seinen individuellen Fähigkeiten und Interessen zeigen, damit Sie sich ein "Bild" machen können.

Die CDU-Fraktion im Rat der Bundesstadt Bonn ist mit **27 Ratsmitgliedern die stärkste Fraktion**. Wir sind bei unserer kommunalpolitischen Arbeit für Bonn auf Ihr Mitwirken angewiesen, damit wir unsere christdemokratischen Vorstellungen verwirklichen können. Und dies immer zum Wohle der Bonner Bürgerinnen und Bürger.

Lernen Sie uns online kennen!



Altes Rathaus am Markt
53111 Bonn
Tel.: 0228 77 3810
Fax: 0228 77 2047

Internet:
www.cduratsfraktion-bonn.de
E-Mail:
cdu.ratsfraktion@bonn.de



Impressum und weitere Informationen

Sie können unseren CDU-Newsletter [hier jederzeit wieder abbestellen](#).

Besuchen Sie auch unser Internetangebot unter www.cduratsfraktion-bonn.de

Dort finden Sie u. a auch alle Informationen zur CDU-Ratsfraktion Bonn und Ihre CDU-Mitglieder.

Sie finden auch thematische Aussagen zu vielen kommunalpolitischen Themen in Bonn.

Wir freuen uns auf ihren Besuch!

Verantwortlich:

Georg Fenninger,
Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion:

Ulrich Fromm,
Fraktionsreferent
und Webmaster

